Abschrift

225-10-01/55 4

Übersetzung
115-104-01 /830/55

Brief Spaak

MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
UND AUSSENHANDEL
Der Minister

Brüssel, den 4. April 1955

Herrn
Bundeskanzler Adenauer
Bonn

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler,

Nachdem nunmehr die Pariser Verträge durch die verschiedenen Parlamente ratifiziert sind, halte ich die Stunde für gekommen, die Frage zu regeln, die sich durch die Demission von Herrn Monnet als Präsident der Hohen Behörde erhoben hat, und den Versuch zu machen, der europäischen Idee einen neuen Auftrieb zu geben (relancer).

Nach meinem Dafürhalten hängen diese beiden Angelegenheiten zusammen. Ich glaube, dass Herr Bech, der gegenwärtig den Vorsitz im Ministerrat der Montangemeinschaft führt, für einen Tag der am 25. April beginnenden Woche eine Konferenz der Aussenminister in Luxemburg vorschlagen wird. Ich nehme an, dass wir im Laufe dieser Konferenz unsere gemeinsame Taktik festlegen müssen.

Ich bin der Ansicht, dass es die beste Lösung wäre, Herrn Monnet als Präsidenten der Hohen Behörde zu behalten. Allen sonstigen ins Auge gefassten Lösungen über seine Nachfolge stehen sehr konkrete Schwierigkeiten im Wege.

© Politisches Archiv Auswärtiges Amt (Auswärtiges Amt (Berlijn)) inv.nr. B10, Bd.900
http://resources.huygens.knaw.nl/europeseintegratie/doc/S01652

Es liegt auf der Hand, dass Herr Monnet seine Entscheidung nur umstossen kann, wenn eine neue Lage eintritt. Nach meiner Ansicht muss diese neue Lage geschaffen werden. DieAussenminister müssen öffentlich ihrem Willen Ausdruck verleihen, der europäischen Idee neuen Auftrieb zu geben (relancer), indem sie die Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl erweitern. Diese Erweiterung der Aufgaben der Gemeinschaft könnte sich auf die Gesamtheit der gegenwärtigen Formen der Energie (Elektrizität, Gas und Kraftstoffe) und auf die Verkehrsmittel (Eisenbahn, Binnenschiffahrt, Strassen- und Luftverkehr) erstrecken. Die Zusammenlegung der Bemühungen um die Entwicklung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken könnte ebenfalls einer Organisation übertragen werden, die der Montangemeinschaft untersteht. Zur Durchführung dieser Erweiterung wäre es nach meinem Dafürhalten dringend erforderlich, eine internationale Konferenz einzuberufen, auf der die Idee in praktischer Weise erörtert würde und deren Ziel die Ausarbeitung eines Vertrages wäre. Der Vorsitz in dieser Konferenz könnte ohne Zweifel Herrn Monnet übertragen werden, dessen sachliche Kompetenz ausser Frage steht.

Wenn die Aussenminister in Luxemburg Einvernehmen über diese Politik erzielten, könnten sie dies Herrn Monnet mitteilen und ihm erklären, dass seine Demission nicht mehr berechtigt ist, da nunmehr die von ihm selbst vorgeschlagene Politik verfolgt wird.

Wenn die Dinge so geregelt würden, wie ich es soeben vorgeschlagen habe, glaube ich, mit guten Gründen annehmen zu dürfen, dass Herr Monnet seine Entscheidung umstossen würde; wir würden somit gleichzeitig zwei

Probleme geregelt haben: das Problem des Präsidiums der Hohen Behörde und das Problem, wie der europäischen Idee neuer Auftrieb (relance) gegeben werden kann.

Ich glaube nicht, dass es zweckmässig wäre, mich Ihnen gegenüber weiter über die Notwendigkeit zu verbreiten, keine Zeit zu verlieren und die Stimmung auszunützen, die durch die Ratifizierung der Pariser Verträge geschaffen wurde, um die europäische Politik weiter zu verfolgen und den Versuch zu machen, einen Teil des Terrains zurückzugewinnen, das wir im vergangenen Sommer verloren haben.

Die gegenwärtige Lage erscheint mir eher günstig. Es hat mich beeindruckt, in Belgien zu sehen, wei viele Leute im allgemeinen für die Integrationspolitik gewonnen sind.

Ich habe in letzter Zeit verschiedene Kontakte mit meinen niederländischen und luxemburgischen Kollegen gehabt, und ich glaube, Ihnen versichern zu können, dass sie die Gedanken und Ansichten, die ich soeben dargelegt habe, teilen.

Nach gewissen Informationen hat es den Anschein, dass auch die französische Regierung vermutlich einer solchen Politik zustimmen wird; ohne über die Stellungnahme der italienischen Regierung unterrichtet zu sein, habe ich keinen Anlass zu der Annahme, dass die italienische Regierung eine ablehnende Haltung einnehmen würde.

Es verbleibt eine letzte Frage, die mich etwas besorgt stimmt: Welches wird die Haltung Grossbritanniens gegenüber einem neuen Auftrieb (relance) der europäischen

Idee ausserhalb der Westeuropäischen Union sein ? Ich möchte Ihnen mitteilen, dass ich diese Frage bereits vor mehreren Wochen mit dem Botschafter Grossbritanniens in Brüssel besprochen habe, da ich nicht wollte, dass sich die Engländer plötzlich einer Lage gegenüber sehen, über die man nicht mit ihnen gesprochen hat. Bis jetzt habe ich nichts über die etwaige Stellungnahme Grossbritanniens gehört.

Ich wäre selbstverständlich sehr glücklich, wenn ich Ihre Meinung über all dies vor der Konferenz Ende April in Erfahrung bringen könnte, denn ich bin der Auffassung, dass bis zu diesem Zeitpunkt das Terrain vorbereitet wein muss.

Schlussformel.

gez. P.H. Spaak